

Kommentare und Berichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 5: **Die Fremdarbeiterfrage**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

NUR FREMDENHASSER UND PROFITJÄGER?

Wenn in einer mittelgrossen Schweizerstadt fünfhundert Leute zu einem Diskussionsabend zusammenströmen, wenn dann zweieinhalb Stunden lang die Voten einander ablösen, ohne dass der Gesprächsleiter je mit einer Ermunterung weiterhelfen muss, und wenn alle paar Minuten die Leidenschaften die Ordnung im Saal zu schleifen drohen, muss ganz und gar Ungewöhnliches zur Rede stehen. Was vor ein paar Wochen in Aarau zu erleben war, als das «Team 67» die Fremdarbeiterfrage und insbesondere das Volksbegehren der Gruppe um James Schwarzenbach öffentlich zur Debatte stellte, erinnerte an politische Veranstaltungen des Frontenfrühlings. Von der kühlen Meinungsäusserung bis zur Hasstirade nomadisierender Fremdenfresser war an diesem Abend jede Art von Diskussionsbeiträgen zu vernehmen. Man hätte die ganze Veranstaltung filmen und auf Tonband fixieren sollen, um demonstrativ erläutern zu können, wo wir uns hierzulande jetzt befinden: in einer für unsern Kleinstaat unheimlichen Scheidung der Geister. Krampfhaft Verdecktes und Beschwiegenes wurde jedem einsichtigen und aufmerksamen Teilnehmer dieser Veranstaltung unausweichlich klar. Er musste, wenn er es nicht zuvor schon gewusst hatte, zur Überzeugung kommen, dass die Fremdarbeiter-Problematik sich in unserer Bevölkerung völlig anders darstellt, als Presse, Radio und Fernsehen den Anschein kultivieren. Mit der tätigen Weltoffenheit vieler ist es ähnlich bestellt wie mit der politischen Auseinandersetzung: Wir preisen sie so gern, wie wir sie ungerne pflegen, sowie sich die Kosten der Selbstüberwindung herausstellen.

Es ist heute die groteske, aber mühelos erklärbare Lage zu konstatieren, dass sich – mit verschwindenden Ausnahmen – die

vereinigten Kommentatoren gegen das von der Gruppe Schwarzenbach lancierte Volksbegehren wenden und mit dieser fast vollkommenen Einhelligkeit die Vorstellung erwecken, im Grunde hätten die Bekämpfer dieser Initiative nichts zu befürchten, während man auf Schritt und Tritt angstvoll den Regungen von Xenophobie begegnet. Mit dem Begriff «Regungen» soll ein bestimmter Sachverhalt bezeichnet werden: Es gibt nicht viele direkte Bekundungen von Fremdenfeindlichkeit, aber gegenüber den ausländischen Arbeitern in zahlreichen Varianten den Ausdruck von Missfallen und Missbehagen. Dabei lässt sich der Hauptharst der Unzufriedenen präzise umschreiben; es sind Arbeiter und Angestellte, die am Arbeitsplatz und am Wohnsitz von Ausländern umgeben sind, sich nicht mehr daheim (und das will sagen: im Gängig-Vertrauten) fühlen und deshalb eine politische Konkretisierung der Abwehr wenn nicht öffentlich, so doch stillschweigend begrüssen. Näherliegend und mithin wichtiger als die Tatsache, dass auch sie zu den Nutzniessern dessen gehören, was das Ausländerheer in der Schweiz leistet, ist für sie das Ärgernis einer nach Sprache und Gehaben unvertrauten Umgebung. Die Inhaber der höhern Ränge in der Wirtschaft wiederum haben es mehr und vielfach sogar ausschliesslich mit den «Arbeitskräften» zu tun, leben mit andern Worten nicht in Hautnähe mit den Ausländern, und es versteht sich folglich von selbst, dass daraus eine andere Einstellung resultiert. Von ihnen aus kann das Volksbegehren der Gruppe Schwarzenbach nur als abstrus und gemeingefährlich qualifiziert werden.

Da die Urheber der «Überfremdungs»-Initiative II sich der Rückzugsmöglichkeit begeben haben, wird es zur Ab-

stimmung kommen, und die Aarauer Veranstaltung hat signalisiert, was zu erwarten steht, wenn wir uns nicht die Mühe nehmen, die Ausländerfrage in allen ihren Aspekten, dem menschlichen, dem politischen, dem wirtschaftlichen, mit vollkommener Offenheit zu erörtern. Es genügt nicht, das Volksbegehren als Unsinn abzutun, auch wenn es ein Unsinn ist; denn das Unbehagen – nicht zuletzt Resultat erschütternd provinzieller Erziehung – klammert sich ja nur an die einzige im Augenblick vorhandene Offerte, und es überdauert mithin auch eine mit Ach und Krach und gewaltigem Propagandaaufwand erledigte Initiative. Es gibt Gründe, und sie liegen nahe, den bevorstehenden Abstimmungskampf und seine Untergrundbewegungen zu ersorgen; aber der Aufmarsch an der Klagemauer führt zu nichts. Vernünftig

wäre allein, die Abstimmung über dieses Volksbegehren als Verpflichtung anzunehmen, ein schweizerisches Gespräch über die Bedingungen unserer Existenz in der heutigen Umwelt zu führen und damit der Sterilität einer Gegnerschaft zu entkommen, die Xenophobie auf der einen und Profitjägerei auf der andern Seite heisst. Gewiss, beides existiert, helvetisches Pfahlbürgerum und blanke Konjunkturritterei; aber damit sind nur die Extreme bezeichnet. Dazwischen steht für eine breite Schicht die Frage zur Lösung, in welchem Ausmass wir zur Integration fähig sind und wie gross unsere Bereitschaft dazu ist. Daran bemisst sich am Ende, was es heute mit der vielberufenen Willensnation Schweiz überhaupt noch auf sich hat.

Oskar Reck

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Lob der Festhütte

Es gehört heutzutage in wachsenden Kreisen zum guten Ton, die «Vereinsmeierei» des Schweizers ins Lächerliche zu ziehen und das ganze Drum und Dran der Stammtische, Fahnen und Feste kurzerhand in die Mottenkiste vergangener, ja abgestorbener Zeiten zu verweisen. Auch haben viele dieser Organisationen immer grössere Rekrutierungssorgen. Die Jugend zeigt immer weniger Neigung, sich auf solche Weise binden und integrieren zu lassen – ganz abgesehen davon, dass unsere «Freizeitgesellschaft» mit ihrer hochentwickelten Unterhaltungsindustrie und dem ständig zunehmenden Programmangebot der Massenmedien nicht unbedingt dazu angegan ist, besonders zur eigenen Betätigung etwa als Turner, Sänger oder Blechmusiker anzuspornen.

Mag auch mancher Zug unseres Vereinswesens tatsächlich veraltet und überlebt erscheinen, so ändert dies indessen nichts daran, daß hier Strukturen des ge-

ellschaftlichen Lebens in Frage stehen, die in der Vergangenheit von beträchtlichem, öffentlichem Gewichte waren und für die trotz aller gesellschaftlichen Betriebbarkeit unserer Tage auch noch kein wirklicher Ersatz in Sicht ist. Wer sich etwas in der Geschichte unseres Bundesstaates umsieht, der wird zum Beispiel feststellen, dass die grossen eidgenössischen Vereine der Schützen, Turner und Sänger eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, als es vor und nach 1848 darum ging, das bundesstaatliche Bewusstsein zu wecken und zu fördern.

Manche politische Entscheidung reifte nicht zuletzt an Vereinsabenden und Stammtischen langsam heran; mancher Sänger-, Turner- oder Schützentrass wurde zur Hausmacht politischer Führer. Und in ungezählten Situationen erwiesen sich diese Organisationen mit ihren selbstverständlichen sozialen und regionalen Querverbindungen als dauerhafte Stützen und Konstanten des öffentlichen Lebens. Vielleicht werden diese Dinge einmal ihren

Soziologen oder Historiker finden, der deutlich machen wird, dass die «Festhütten-Schweiz» nicht nur bald überholtes, patriotisch verbrauchtes Biedermeier war, sondern bei all ihren menschlich-allzumenschlichen Begleiterscheinungen doch auch ihre staatspolitisch bedeutsamen positiven Seiten aufzuweisen hatte (und noch weiterhin hat).

80 000 Schützen in Thun

Eine dieser Vereinigungen, der 1824 gegründete Eidgenössische Schützenverein, hat heuer einmal mehr seinen großen Sommer. In Thun hielt er im Juli sein alle vier Jahre wiederkehrendes, diesmal drei Wochen dauerndes Wetschiessen ab. Tag für Tag lösten sich die in die Tausende gehenden Schützenkontingente aus der ganzen Schweiz ab, insgesamt 80 000 an der Zahl. Eröffnet wurde das Schiessen traditionsgemäss durch den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat Gnägi, der sich im Wettkampf mit den höchsten Armeeführern ausgezeichnet schlug. Zehn Tage später hatten die Auslandschweizer ihren Ehrentag. Praktisch aus der ganzen Welt fanden sich Gruppen ein, um unter Beweis zu stellen, dass sie auch in der Ferne als würdige Tellensöhne dem tieferen Sinn dieses wahren Volksfestes aufgeschlossen geblieben sind: die Wehrhaftigkeit eines kleinen neutralen Volks durch stetes persönliches Bemühen auf der Höhe der bewegten Zeit zu halten.

«Alt-Berns» Sprung über den eigenen Schatten

Der Kanton Bern hat ein «Image», das durch die Stichworte bäuerlich-konservativ, bedächtig und hartköpfig gekennzeichnet ist. In letzter Zeit allerdings will das Bild nicht mehr so recht stimmen. Auf dem Gebiet des Frauenstimmrechts etwa liegt Bern deutlich vor den meisten andern deutschschweizerischen Kantonen in Führung: Mehr als die Hälfte seiner Gemeinden hat mit der «Männerherrschaft» ge-

brochen. Und eben jetzt hat die bernische Regierung in der jahrzehntelang schwärenden Frage des jurassischen Separatismus eine Aktivität entfaltet, die in ihrer souveränen Anlage ebenso überraschend wie erfreulich anmutet.

Nur einen Monat nach der Veröffentlichung des Berichts der «Kommission Petitpierre» mit dem Vorschlag, ein Jura-statut zu schaffen, hat die Berner Regierung zuhanden des Großen Rates Anträge für eine Verfassungsänderung verabschiedet, welche den Weg zu rechtsverbindlichen Volksbefragungen im Jura selbst eröffnet. Ein detaillierter Aktionsplan sieht vor, dass bereits 1970 über ein Jurastatut abgestimmt werden könnte. Die Separatisten, die erst im September zu den Anträgen Stellung nehmen wollen, sehen sich damit vor eine unerwartete Situation gestellt. Einziger Ansatzpunkt für weitere Obstruktion bleibt nun noch die separatistische Forderung nach einem Stimmrecht auch der auswärts wohnenden Jurassier – eine These, die dem Bundesrecht wie der eidgenössischen Tradition zuwiderläuft und daher kaum Aussicht auf Erfolg hat. Es sieht ganz so aus, als habe die Berner Regierung mit ihrem «Sprung über den eigenen Schatten» nach langen Jahren des Lavierens und Zauderns das Heft nun in einer Art in die Hand genommen, die nicht mehr viel Raum für unfruchtbare polemische Spiegelfechtereien der Separatisten lässt, auch wenn deren Führer, Roland Béguelin, in einer ersten Erklärung ein «katastrophales Ende» der Vorlage voraussagen zu müssen glaubte.

Beruhigung in der Studentenpolitik?

Zwei Ereignisse in der Studentenpolitik, der Kongress des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften (VSS) und die Neubestellung des Kleinen Studentenrates, der Studentenexekutive an der Universität Zürich, deuten auf eine gewisse Beruhigung der Verhältnisse hin. Beidenorts wurden die «Progressiven» zurückgedrängt. Offensichtlich ist der linksextremen Minderheit vor allem dadurch stärkerer Widerstand

erwachsen, dass sich die Gegenkräfte besser organisierten und dass sich inzwischen auch viele der bisher indifferent oder abwartend Abseitsstehenden zu einer aktiveren Haltung aufgerafft haben.

Es wäre indessen verfehlt, von einer eigentlichen Wende zu sprechen. Die «Neue Linke» hat ihre grossen Anliegen einer «Umfunktionierung» der Gesellschaft zweifellos nicht fallen gelassen. Nach Äusserungen einzelner ihrer Führer beginnt sie lediglich die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit zu verschieben. In Sachen Universitätsreform ist nicht mehr viel zu machen, nachdem sich das «Establishment» zu ernsthafter Aktivität entschlossen hat. Also sucht man nach neuen «Arbeitsfeldern». Unter diesen Umständen hängt sehr viel davon ab, wie rasch und wie gründlich das «Establishment» vorgeht. Nichts wäre falscher, als wenn nun der öffentliche Reformwille erlahmen würde. Dann wäre der Boden sofort wieder bereitet für neue linksextreme «Initialzündungen» an unseren Hochschulen.

Privatschulen – Luxus oder notwendige Ergänzung?

Im Zürcher Gemeinderat wurde kürzlich eine Motion zu einem Thema behandelt, das in unserem Lande immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt: Soll der Staat die Privatschulen unterstützen oder nicht? Im erwähnten Fall ging es um das Postulat, dass die obligatorischen Lehrmittel auch an die Absolventen von Privatschulen kostenlos abgegeben werden sollten. Die Motion wurde deutlich abgelehnt, und zwar vor allem aus staatspolitischen Gründen: Der Staat habe allen die Möglichkeit angemessener Ausbildung zu garantieren, und zwar in öffentlichen Volksschulen, welche den großen Vorteil des gemeinsamen Heranwachsens von Kindern verschiedener Konfession und verschiedenen sozialen Herkommens aufweisen.

Dieses Prinzip stellt eine Säule liberaler Kulturpolitik dar. Die Tatsache aber, dass die gleichen Liberalen, welche die allgemeine Volksschule verwirklichten, den Pri-

vatschulen trotzdem die grundsätzliche Existenzberechtigung einräumten und damit in unserem Lande den Aufbau eines Privatschulwesens von außerordentlicher Vielfalt ermöglichten, deutet darauf hin, dass auch sie sehr wohl um die Ergänzungsbedürftigkeit der Staatsschule wussten. Heutzutage wird man weniger denn je bestreiten können, dass zahllose Kinder bei speziellen Förderungen im intimeren Rahmen kleiner Privatklassen einen Bildungsstand erreichen können, der ihnen sonst verschlossen bliebe.

Gerade in Städten wie Zürich zeigt sich dabei immer mehr, dass in den öffentlichen Mittelschulen vor allem Schüler aus einfachen Verhältnissen auf der Strecke bleiben, und zwar einfach deswegen, weil diese im Elternhaus nicht die offenbar stillschweigend vorausgesetzte Nachhilfe erhalten können. Dieser Sachverhalt, der von den meisten Schulleitern offen zugegeben wird, lässt das Privatschulproblem in einem Licht erscheinen, bei dem man aus eben jenen staatspolitischen Gründen der «gleichen Bildungschance» zu neuen Schlussfolgerungen gelangen könnte; jedenfalls scheint es an der Zeit, diese Dinge in der gegenwärtigen Phase der «Generalmobilmachung der Talentreserven» genau zu überdenken. Die meisten Privatschulen erfüllen offensichtlich eine Funktion von öffentlichem Interesse und verdienen daher auch eine entsprechende Behandlung durch die Öffentlichkeit – es sei denn, man mache Ernst mit längst fälligen Reformen des staatlichen Schulwesens.

Mangelnde Logik in der Aussenpolitik?

Am 30. Juni veröffentlichte der Bundesrat seinen Bericht an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinigten Nationen, den er in Ausführung eines Postulates von Nationalrat Bretscher, dem früheren Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», vom Februar 1967 erstellt hatte. Das 175 Seiten starke, mit grosser Sorgfalt redigierte Dokument stiess auf unterschiedliches Echo. Die

«Gazette de Lausanne» zum Beispiel kreierte dem Bundesrat Mangel an Logik an, weil der Bericht zwar mit aller Deutlichkeit die wachsende Realisierbarkeit, ja Wünschbarkeit eines Beitritts zur Darstellung brachte, es jedoch gleichzeitig unterliess, dem Parlament entsprechende Schlussfolgerungen vorzulegen.

Dieser Widerspruch lässt sich indessen leicht erklären: Tatsache ist zwar, dass eine wachsende Zahl von Gründen für eine Vollmitgliedschaft spricht. Tatsache ist ferner, dass die Neutralität, an der unbedingt festzuhalten ist, nicht mehr als unüberwindliches Hindernis erscheint. Doch ebenso eindeutig steht fest, dass das Misstrauen in Parlament und Volk gegenüber der «Schwatzbude» in New York noch allzu tief verwurzelt ist, als dass im Augen-

blick eine ernsthafte Chance für eine befürwortende Mehrheit im Volk bestünde. Nichts wäre indessen unwillkommener als ein negativer Volksentscheid; denn er könnte die bereits eingespielte, vielfältige Zusammenarbeit im Rahmen der Spezialorganisationen, aber auch auf der Basis der «Guten Dienste» ernstlich beeinträchtigen.

Was also hätte der Bundesrat in dieser Situation anderes tun können als das, was er getan hat: eine ganz hervorragende, sorgfältig kommentierte Dokumentation zu erstellen, um so der Meinungsbildung in Parlament und Öffentlichkeit eine sachkundige und zugleich richtungweisende Grundlage zu vermitteln?

Spectator

NEUE PHASE DER AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITIK

Präsident Nixons Ankündigung, er werde auf einer Reise um die Welt, bei der er den wichtigsten Staaten *Asiens* einen Besuch abstattet, auf dem Rückweg auch in *Rumänien* Station machen, scheint eine neue Phase der amerikanischen Außenpolitik einzuleiten. In den asiatischen Ländern dürfte Nixon die Positionen sondieren, die sich den Vereinigten Staaten in der *Phase nach Vietnam* bieten, wobei sich der Präsident auch darüber orientieren dürfte, inwieweit das Tempo des angekündigten stufenweisen Rückzugs der Amerikaner aus Vietnam von den Verhältnissen in den übrigen Gebieten *Asiens* beeinflusst wird. Bisher wurde erst ein kleiner Teil der ersten 25000 Mann aus Südvietnam abgezogen. Von nordvietnamesischer Seite ist dieses Entgegenkommen Washingtons noch in keiner irgendwie sichtbaren Weise honoriert worden. Wer sich von der amerikanischen Geste versprochen hatte, sie werde eine Initialzündung zu einer beidseitigen De-Eskalation werden, sieht sich bis jetzt getäuscht. Bei den Verhandlungen in Paris sind keinerlei Fortschritte erzielt worden,

und es hat nicht den Anschein, als ob die Konferenz bald aus ihrer Stagnation heraus kommen wird. Diese Tatsachen werden Nixons Gespräche in den asiatischen Ländern zweifellos beeinflussen.

Affront gegen Moskau?

Noch komplexer sind die Probleme, die der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Rumänien heraufbeschwört. Die Visite hat mehr als nur symbolischen Wert. Zum ersten Mal seit 1945 – als in Jalta Präsident Roosevelt mit Churchill und Stalin konferierte – begibt sich ein Staatsoberhaupt der USA in ein kommunistisches Land. Dass dabei gerade Bukarest als Ziel gewählt worden ist, das seit Jahren dem außenpolitischen Kurs Moskaus trotzt und eigene Wege geht, verleiht dem Besuch eine besondere Note. Die Sowjetunion hat denn auch nach anfänglichem Schweigen heftig reagiert und gegen die USA eine *Pressepolemik* entfesselt, in die auch die Organe in den osteuropäischen Satellitenstaaten

eingeschaltet wurden. Washington wurde beschuldigt, eine Politik der «Effekthascherei» zu treiben, die – so prophezeiten sowjetische Zeitungen – zu einem sicheren Fiasko führen werde.

Der Kreml ließ es jedoch nicht bei solchen verbalen Demonstrationen bewenden. Anfang Juli wurde angekündigt, ein *sowjetischer Flottenverband* werde Kuba einen Besuch abstatten. Die Absicht war, obwohl von Moskau bestritten, offenkundig – dem amerikanischen Vordringen in den Vorhof des sowjetischen Machtbereiches setzte man eine Aktion vor den Küsten Amerikas entgegen, mit dem Gedanken spekulierend, daß Kuba noch immer ein Pfahl im Fleische Amerikas sei. Erinnerungen an die Krisen von 1961 und 1962 wurden heraufbeschworen.

Washington ließ sich jedoch durch die offensichtliche Verstimmung der UdSSR nicht von seinem auf Entspannung gerichteten Kurs abbringen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Flottenbesuches in Havanna hat Nixon die Mitglieder der Delegation ernannt, die mit den Russen Gespräche über gegenseitige *Rüstungsbeschränkungen* führen soll. Die Vereinigten Staaten leisteten damit ein Zeugnis ihren guten Willens, während von sowjetischer Seite bisher keine ähnliche Geste erfolgte, so daß es noch immer ungewiß ist, ob die Gespräche – wie es die Amerikaner erhoffen – in absehbarer Zeit tatsächlich beginnen können. Angesichts der nur schwer durchschaubaren Haltung, die die sowjetische Führung in dieser Frage bisher eingenommen hat, ist es nicht leicht zu beurteilen, ob sich die Sowjets einiges davon versprechen, dass das ganze Problem vorläufig dilatorisch behandelt wird und die ABM-Diskussion die amerikanische Innenpolitik weiter belastet. Auf der andern Seite demonstrieren die neuen Zwischenfälle im Fernen Osten Moskau drastisch die Gefahr, die ihm machtpolitisch und ideologisch von Peking droht, und es schiene nur logisch, wenn die Sowjetunion sich in dieser Situation geneigt zeigen würde, Kontakt mit den Vereinigten Staaten zu halten, auch wenn damit dem kommunistischen

China ein neuer Vorwand geliefert wird, gegen die angebliche Verschwörung sowjetischer Revisionisten mit amerikanischen Imperialisten zu polemisieren.

Unerklärter Krieg im Nahen Osten

Wenig erfolgreich hat sich bisher die Vermittlungsaktion der Grossmächte im Nahen Osten entwickelt. Die New Yorker Gespräche der Vier sind mehr oder minder zum *Stillstand* gekommen. Das Schwergewicht hat sich auf direkte sowjetisch-amerikanische Kontakte verlagert. Anfangs Juli stattete der im Staatsdepartement für Mittelostfragen zuständige Deputy Secretary, *Sisco*, Moskau einen Besuch ab. Obwohl die Öffentlichkeit über diese Gespräche nur vage und bruchstückhaft orientiert wird, scheint man heute von einer Einigung noch weit entfernt zu sein. Auf dem Rückweg nach den Vereinigten Staaten hat Sisco in Stockholm Station gemacht und dort mit Botschafter Jarring konferiert, dessen ihm von der UNO aufgetragene Vermittlungsaktion zwar praktisch gescheitert, formell jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Nachdem auch der israelische Aussenminister *Abba Eban* bei seinem Besuch in der Schweiz mit Jarring zusammengetroffen ist, scheint es nicht ausgeschlossen, dass der Versuch unternommen wird, den Botschafter erneut als «ehrlichen Makler» zu aktivieren. Israel wäre eine solche Entwicklung, die die Gefahr einer direkten Intervention der Grossmächte verringern würde, zweifellos sympathischer als ein gemeinsamer Machtanspruch Moskaus und Washingtons, von dem es sich keine Erleichterung seiner gefährdeten Existenz erhoffen kann.

Gewissermassen als Begleitmusik zu diesen in den Kulissen geführten Unterhandlungen hat der Nahostkonflikt in den letzten Wochen eine Steigerung erfahren, die zu kriegsähnlichen Zuständen geführt hat. Am Suezkanal und am Jordan kommt es laufend zu Feuergefechten, die ägyptische und syrische Luftwaffe liefern den israelischen Flugzeugen eigentliche Luftschlachten, und innerhalb Israels und der

besetzten Gebiete wird die *Sabotagetätigkeit* intensiviert.

Israels Position ist zwar, trotz diesen harten Belastungsproben, im Augenblick noch stark. Es hat sich im Sechstagekrieg Waffenstillstandslinien erkämpft, die leicht zu verteidigen sind. Die israelische Armee und die Luftwaffe sind den Arabern an Material, Ausbildung und Kampfgeist noch immer überlegen. Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel das wichtigste Ziel, das es sich im Sechstagekrieg gesteckt hat, nämlich die Araber zur Aufnahme von *Friedensverhandlungen* und zur Anerkennung der Existenz Israels zu zwingen, nicht erreichte. Solange dieser politische Erfolg sich nicht einstellt, bleiben alle militärischen Siege mehr oder minder nur Stückwerk.

Regierungskrise in Italien

Am 5. Juli hat in Rom die Regierung Rumor demissioniert. Anlaß der Krise war die *Spaltung* der Sozialistischen Partei, deren gemäßigter Flügel den Trend der Partei nach links nicht mitmachen wollte. Die sozialistischen Minister traten aus dem Kabinett aus und zwangen damit die Gesamtregierung zum Rücktritt.

Kleine Ursachen haben große Wirkungen. Das Auseinanderfallen der Sozialisten hat nicht nur die Einheit der Partei zerstört, um die sich ihr Führer *Pietro Nenni* bis zum letzten Augenblick bemühte, sondern auch das ganze, mühsam aufgebaute Koalitionssystem des Centro sinistra über den Haufen geworfen. Die Regierung der linken Mitte findet nun keine ausreichende Basis mehr im Parlament, es sei denn, man öffne das Kabinett noch weiter bis zu der extremen Linken. Die Neigung dazu war bei den Sozialisten und auch bei der Democrazia Cristiana zumindest zeitweise vorhanden und hat wesentlich zur Auslösung der Krise beigetragen. Ob die Befürworter einer *Volksfront* es wagen, diesen Schritt zu tun und dafür eine Mehrheit finden werden, bleibt jedoch ungewiss.

Es ist nicht ganz klar, was die sozialistischen Führer in Italien veranlasst hat, die innerparteilichen Querelen so zu forcieren, dass der Bruch schliesslich unvermeidlich wurde. Es sind nicht einmal ganz drei Jahre vergangen, seit sich die seit 1947 getrennten Sozialisten wieder zu einer einzigen Partei zusammengeschlossen haben. Diese «Wiedervereinigung» ist seinerzeit mit grossen Erwartungen verknüpft worden, doch haben sich die Hoffnungen, damit zwischen Christlich-Demokraten und Kommunisten eine «dritte Kraft» zu etablieren, nicht erfüllt. Die Anziehungskraft der Sozialisten auf die Wählerschaft blieb gering, und die Brüchigkeit ihrer Partei war nicht dazu angetan, die Stabilität des italienischen Parteiensystems zu stärken. Möglicherweise war der Entschluß des gemässigten Flügels der Sozialisten, der Partei den Rücken zu kehren und den Partito Socialista Unitario (PSU) zu gründen, aus der Überlegung heraus erfolgt, ein Auseinanderbrechen der Zentrum-Links-Koalition würde zu einer solchen Verwirrung führen, daß die Ausschreibung von *Neuwahlen* unumgänglich sein würde. Aus einem solchen Urnengang würde – so diese Hoffnung – eine Stärkung des rechten Flügels der Democrazia Cristiana und der gemässigten Sozialisten resultieren, und damit wäre die Gefahr einer Volksfront abgewendet.

Solche Spekulationen sind nicht ganz abwegig. Seit Jahren wird das italienische Volk von schweren sozialen und politischen Krisen heimgesucht. Immer stärker erhebt sich auch auf der Apenninenhalbinsel der Ruf nach *Ruhe und Ordnung*. Sollte sich die gegenwärtige Regierungskrise in Italien zur *Staatskrise* ausweiten, so wäre es nicht ausgeschlossen, dass autoritäre Kräfte auf den Plan gerufen würden, die möglicherweise eine Lösung ausserhalb der parlamentarischen Demokratie suchten. Eine solche Entwicklung in Richtung auf die Extreme wäre nicht nur verhängnisvoll für Italien, sondern hätte ihre Auswirkungen zweifellos auf ganz Europa.

Fabius

Das Janusgesicht der amerikanischen Aussenpolitik

In Venezuela sind die sechziger Jahre ganz durch die charakteristische Ambiguität der amerikanischen Aussenpolitik geprägt worden: Washington setzte Fidel Castros Einfluss auf Kuba und im ganzen karibischen Raum kaum Widerstand entgegen. Dadurch sah sich Venezuela, mehr als irgend ein anderes Land in Südamerika, Kubas intensiver Propagandatätigkeit, unterstützt noch durch Waffenlieferungen, völlig ausgeliefert. In einzelnen Küstenabschnitten, besonders im Mündungsgebiet des Orinoco-Deltas, tauchen seit drei oder vier Jahren kubanische Überfallkommandos regelmässig auf. Sehr oft, aber nicht immer, gelingt es, diese Leute gefangenzunehmen. Zwischen 1960 und 1963 stand Venezuela am Rand eines Bürgerkrieges und eines kommunistischen Staatsstreichs. In den Strassen der Hauptstadt Caracas kam es damals zu Schiessereien, Brandstiftungen, Angriffen auf öffentliche Gebäude und Überfällen auf Bewohner der Stadt. Bis vor zwei Jahren, als Präsident *Leoni* Truppen in die Staatsuniversität von Caracas entsandte, um die studentischen «Guerilleros» zu vertreiben und ihre Waffenlager und Verstecke auszuräumen, war es um die allgemeine Sicherheit in der Hauptstadt schlechter bestellt als in den Landbezirken. Ähnlich wie in Bolivien erwies sich auch hier die Landbevölkerung als regierungstreu. Oft gelang es ihr, die Guerillabanden aufzuspüren und sie den Polizei- oder Armeedetachementen auszuliefern.

Die andere Seite der aussenpolitischen Ambiguität Washingtons offenbarte sich 1961, als John F. Kennedy das Projekt der «*Allianza para el progreso*» bekanntgab. Der ganze Plan gedieh freilich nie über die Stufe eines verworrenen Hilfsprogramms hinaus, das sehr viel versprach, aber die hochgespannten Erwartungen keineswegs erfüllte. Zu Jahresbeginn musste Präsident

Nixon den totalen Misserfolg der «Allianza» öffentlich zugeben. Immerhin darf man nicht vergessen, dass dieses Hilfsprogramm, das Präsident Kennedy 1961 persönlich verkündet hatte, vorerst bemerkenswerte psychologische Auswirkungen zeitigte. Der «grosse Nachbar aus dem Norden», so hiess es damals in weiten Kreisen, werde neue Mittel und Wege zur Zusammenarbeit mit den Ländern der südlichen Hemisphäre suchen. Die Wahlergebnisse in mehreren südamerikanischen Ländern zeigten, dass die Wähler bereit waren, neues Vertrauen in eine, wie sie hofften, gesicherte Zukunft zu setzen.

Venezuela hatte allen Grund, sich für eine Zusammenarbeit mit den USA zu interessieren, denn nach dem Urteil einiger Beobachter trugen die besseren Zukunftsaussichten viel dazu bei, die revolutionäre Gärung im Land zu dämpfen und der castristischen Subversion den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im karibischen Raum kommt Venezuela nicht nur aus strategischen Gründen grosse Bedeutung zu, vielmehr können Bewegungen aller Art, die sich in diesem Land abspielen, auch das benachbarte *Kolumbien* erfassen. Sofern diese beiden Staaten ihr politisches Schicksal miteinander verbinden, vermöchten sie dank ihrer geographischen Lage Südamerika von Nord- und Mittelamerika hermetisch abzuschliessen. Schon in den letzten Jahren der Eisenhower/Nixon-Administration zielten denn auch die Massnahmen Washingtons auf eine Stärkung der politischen Stabilität und der Demokratie in Venezuela. Nicht zuletzt dem Einfluss Washingtons war es zuzuschreiben, dass der Diktator *Perez Jimenez* aus seinem Amt verdrängt wurde. Ferner unterstützte Washington die «*Accion Democratica*» – eine Zentrum-Links-Partei, die sich nach einer revolutionären Vergangenheit sichtlich gemässigt hatte – bei der Wahl ihres Vorsitzenden *Romulo Betancourt* zum Präsidenten des Landes. Gewiss war Betancourts Amtszeit durch allerhand Gewalt-

akte der oben erwähnten Art gekennzeichnet. Nach den ordentlichen Wahlen von 1963 konnte Betancourt aber immerhin die Regierung einem andern Führer der «Accion Democratica», *Leoni*, übergeben. Die dritten ordentlichen Wahlen 1968 brachten dann nicht nur einen neuen Präsidenten, sondern auch eine neue Partei an die Macht. Damals erfolgte die Wahl *Rafael Calderas*, des Präsidentschaftskandidaten der christlichsozialen COPEI-Partei, mit ausserordentlich knappem Stimmenvorsprung. Seine Wahl blieb aber unangefochten, sobald die Resultate einmal bekanntgegeben worden waren.

Präsident Calderas prekäre Machtbasis

Es stellt sich nun die Frage, wie die Entwicklung Venezuelas in den nächsten fünf Jahren wohl verlaufen mag. Ganz allgemein lässt sich wohl feststellen, dass das «kubanische Experiment» in den Augen der meisten Südamerikaner völlig in Misskredit geraten ist. Aber es ist klar, dass erst mit dem reibungslosen Funktionieren einer demokratischen Ordnung in Venezuela der Nachweis erbracht wäre, dass der Weg, den der Kontinent beschreiten muss, nicht über die Revolution zu führen braucht.

Selbstverständlich hängt viel von der Persönlichkeit und der Politik des neuen Präsidenten ab. Bei *Rafael Caldera* handelt es sich um einen erfahrenen und verantwortungsbewussten Politiker. Seine Ansichten entsprechen ungefähr jenen des Präsidenten *Eduardo Frei* in Chile und der dortigen Christlich-Demokratischen Partei. Allerdings ist Calderas Stellung gegenwärtig kaum besser gefestigt als jene Freis, der gerade heute, also unmittelbar vor den Neuwahlen in Chile, über ein beträchtlich geringeres politisches Gewicht verfügt als zur Zeit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahre 1964. Frei ging damals siegreich aus dem Wahlkampf hervor, weil es ihm gelang, das Zentrum und die Rechte des politischen Schauplatzes davon zu überzeugen, dass er die einzig mögliche Alternative zu einem linksextremen Regime unter Senator *Allende*, einem Waffengefährten Fidel

Castros, verkörperte. Seit 1964 hat sich nun aber Freis Partei, erst gegen seinen Willen, auf einen stets deutlicher ausgeprägten Linkskurs verlegt, so dass viele seiner früheren Anhänger aus konservativen, liberalen und gemässigt radikalen Kreisen sich von ihm abwenden. Auch Caldera hat seine Wahl einer mittelständischen Koalition zu verdanken. Seine Gefolgschaft machte zur Zeit der Wahl nur wenig mehr als fünfzig Prozent der Wählerschaft aus. Sie stellt somit alles andere als eine solide Mehrheit dar; jedenfalls muss sich der neue Präsident als ein härterer Mann erweisen als Eduardo Frei, sollte sie sich nur als ausreichend bezeichnen. Im Fall Calderas bedeutet «hart», dass er, im Unterschied zu Frei, die linksextremen Elemente seiner eigenen Christlichsozialen Partei im Zaume halten muss. Zweifellos stellt dies auf einem Kontinent, wo ein erheblicher Teil des Klerus bis hinauf in die höheren Ränge der kirchlichen Hierarchie für die Sache der «Revolution» gewonnen worden ist, immer schwierigere Probleme.

Das Hauptproblem: Eingliederung des Proletariats in die Industriegesellschaft

Erst letzten Herbst hatte ich ein eigenartiges Erlebnis. Ich unterhielt mich mit einigen schweizerischen und deutschen Studenten aus Tübingen, die ein besonderes Interesse für eine «Theologie der Gewalt» bekundeten. Eine solche Theologie, so sagten sie, sollte vor allem auf südamerikanische Verhältnisse zugeschnitten sein. Als ich ihnen zu verstehen gab, nach meiner Ansicht werde es in Südamerika nicht zu einer Revolution kommen, zeigten sie sich ehrlich enttäuscht, als ob ich damit ihren theologischen Studien jede Existenzberechtigung abgesprochen hätte. Ich formulierte meine Thesen so vorsichtig als möglich und hielt mich besonders an das Beispiel Venezuelas, wo sich heute ein breiterer und ein gehobener Mittelstand heranbildet, der rein zahlenmässig schon ziemlich ins Gewicht fällt und dessen Gedeihen von der politischen Stabilität des Landes und einem zwar noch bescheidenen aber immerhin

schon spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung abhängt. Entwicklungstendenzen dieser Art machten sich schon in den letzten Jahren der Herrschaft Perez Jimenez' bemerkbar und lassen sich namentlich auf den einträglichen Öllexport zurückführen. Erst die Einnahmen aus dem Öllexport ermöglichten nämlich eine gewisse Diversifikation der Wirtschaft und die Eingliederung des fortwährend neu zuziehenden und überaus schnell wachsenden Proletariats der Städte.

Venezuela steht heute vor dem gleichen Hauptproblem wie die andern unterentwickelten Länder Südamerikas: Stabilität und Fortschritt hängen davon ab, wie weit es der Industrie und den Dienstleistungsbetrieben möglich ist, das am Rande der Gesellschaft dahinvegetierende städtische Proletariat, das infolge der ständigen Zuwanderung aus den Landgebieten unaufhaltsam anwächst, in den Arbeitsprozess einzugliedern. Eine vernünftige Landwirtschaftspolitik, verbunden mit einer vorsichtigen industriellen Expansion – dies bildet wohl den zweiten Aufgabenkreis, worin sich die politische «Härte» des venezolanischen Präsidenten zu erweisen haben wird.

Schliesslich muss sich Präsident Caldera stets bewusst sein, dass die kommunistische Gefahr Venezuela in ganz besonderem Masse bedroht. Die kubanische Fischereiflotte versorgt die Guerillakämpfer in Venezuela fortwährend mit Waffen, die Kubaner unterstützen sie auch in finanzieller Hinsicht. Die Bildungselite des Landes – Studenten und Akademiker, die übrigens in der Regel den mittleren und gehobenen Gesellschaftsschichten angehören, und seit einiger Zeit auch Teile des Klerus – leisten ideologische Schützenhilfe. Wie Eduardo Frei gibt sich Caldera recht zuversichtlich und glaubt, die Situation meistern zu können. Dabei fällt aber erschwerend ins Gewicht, dass die gemässigten Wähler Venezuelas – noch ausgesprochener als jene Chiles – aus einem gesellschaftlichen Milieu stammen, in welchem die Politik nicht unbedingt als eine von Korruption und Gewalttätigkeit völlig verschiedene

Angelegenheit betrachtet wird. Den letzten Wahlergebnissen war zu entnehmen, dass die Mehrzahl der Bevölkerung für innere Ordnung und Stabilität einsteht. Sollte sie aber zur Erkenntnis kommen, Caldera sei in Parteikämpfe verstrickt und vor allem in Meinungsverschiedenheiten innerhalb seiner eigenen COPEI-Partei verwickelt, so könnte dies sehr wohl zu einer Konfliktsituation führen von der Art, wie sie heute in Chile besteht. Calderas knappem Wahlsieg käme dann kaum noch Bedeutung zu, und die seit der Zeit der Wahl noch wenig gefestigte politische Ordnung könnte leicht wieder zerstört werden. In Chile ist die Spaltung der Regierungspartei in einen rechten und einen linken Flügel praktisch auf der ganzen Linie vollzogen.

Beziehungen mit kommunistischen Ländern

Die Linke fordert heute nachdrücklich einen Schulterchluss mit den Kommunisten und den Sozialisten sowie die diplomatische Anerkennung Kubas. Zur Zeit leistet Präsident Frei dem Druck noch Widerstand; er wird aber nächstes Jahr eine erheblich geschwächte Partei in den Wahlkampf führen. Rafael Caldera hat zwar noch fünf Amtsjahre vor sich; auch in Venezuela pflegt man jedoch die Präsidenten aufgrund ihrer Leistungen in den «ersten hundert Tagen» zu beurteilen. Der linke Flügel seiner Partei vertritt etwa die gleiche politische Doktrin wie die Linkskreise innerhalb der chilenischen Regierungspartei. Caldera muss es seiner «Linken» klar machen, dass er genau weiss, wo er die Grenze ziehen will und wie er im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität des Landes zu regieren beabsichtigt.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit nahm Caldera wieder diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf. Diese Massnahme steht aber nicht unbedingt in Widerspruch zu seiner entschiedenen Haltung, die er gegenüber jenen castro-kommunistischen Kräften vertrat, welche sich nicht zu ehrenvollen Bedingungen ergeben

wollten. Diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion sind eine heikle Angelegenheit, da das russische Botschaftspersonal jeweils in übertrieben grosser Zahl eintrifft und die meisten dieser Leute dem russischen Spionagedienst angehören. In einem Land wie Venezuela könnten die mannigfaltigen und direkten Kontakte zwischen den Sowjets und den venezolanischen Revolutionären Calderas Pläne für eine stabile Regierung leicht vereiteln.

Was die im Land ansässigen Kommunisten betrifft, so scheinen sie heute in kleine Parteigruppen aufgespalten, die jeweils nicht mehr als 120 bis 150 oder allenfalls bis zu 250 Mitglieder zählen. Gewöhnlich führen sie einen gnadenlosen Kampf gegeneinander und fechten ihn oft bis aufs Messer aus. Mehrere Splittergruppen, die samt und sonders Gewaltmassnahmen, Guerilla-Kriegführung und Landbesetzung entsprechend dem von Ché Guevara praktizierten Vorgehen empfehlen, vervollständigen das Gesamtbild. Die grosse Mehrheit der venezolanischen Kommunisten gehört freilich der von Moskau geförderten Gruppe an. Diese hat heute im Parlament sechs Vertreter, und zwar unter einem Parteinamen, der nicht offiziell auf die kommunistische Filiation hinweist. Die betreffenden Abgeordneten erfreuen sich der parlamentarischen Immunität und nehmen am öffentlichen Leben teil. Ihre Partei verstand es, sich ein eigenes Image zuzulegen. Man hält sie heute für friedliebend, sozialreformerisch und damit für respektierbar. Mindestens gilt dies dort, wo es darauf ankommt, also in den Kreisen, die heute an der Macht sind, nicht aber bei den Studenten und dem widerständigen jungen Volk.

Wirtschaftliche Aussichten

Selbstverständlich hängt es weitgehend von den wirtschaftlichen Aussichten des Landes ab, ob und wie weit sich die versprochene Stabilität im Innern verwirklichen lässt. Wie ich den Tübinger Studenten erklärte, sollten wir unsere Hoffnungen nicht auf eine Revolution setzen; denn sie führt, wie

das Beispiel von Kuba zeigt, doch zu nichts. Vielmehr tut ein stetiger Fortschritt not. Nur so lässt sich verhindern, dass die entwurzelten Massen in Venezuela – und übrigens auch in andern Ländern, wie etwa in Peru, Brasilien und Kolumbien – den Glauben an die Zukunft verlieren, die Unabänderlichkeit ihres Schicksals als Tatsache hinnehmen und der Verzweiflung anheimfallen. Venezuela ist nach wie vor auf die Einnahmen aus dem Öl-export angewiesen. Das Land betreibt eine zielstrebige Politik, um auf dem Weltmarkt gegen die Staaten des Mittleren Ostens bestehen zu können. Venezuela darf diese «Schlacht» in den siebziger Jahren nicht verlieren; denn von ihrem Ausgang hängt das Schicksal der Reformprogramme ab, welche die Regierung Caldera jetzt in Gang setzen muss.

Welchen Umfang wird dabei die Hilfe der Vereinigten Staaten annehmen? Bekanntlich bemüht sich die Regierung Nixon, die Staatsausgaben zu kürzen und dem neo-isolationistischen Trend der amerikanischen Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grad entgegenzukommen. Es werden daher von Nixon keine spektakulären Hilfsprogramme für Südamerika erwartet, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der USA übersteigen. Alles spricht dafür, dass Washington die Allianz für den Fortschritt eines natürlichen Todes sterben lassen wird – was selbst von den bisherigen Hilfeempfängern kaum bedauert werden dürfte. Die Administration Nixon scheint zum Schluss gekommen zu sein, dass eine wirtschaftliche Sanierung und ein neuer Start für die USA so dringlich sind, dass sie es sich gar nicht leisten können, auch noch die Entwicklung der Nachbarn im Süden zu finanzieren.

Eine Periode der Militärregierungen?

Vom Gesichtspunkt der aussenpolitischen Zusammenhänge und des Mächtegleichgewichts auf dem südamerikanischen Kontinent aus gesehen bedeutete Calderas Wahlsieg eine willkommene Nachricht für Washington. Die Reaktionen mehrerer süd-

amerikanischer Staaten auf die castristische Herausforderung haben in den USA ein gewisses Unbehagen hervorgerufen. Seit 1964 gelangten in Argentinien und in Brasilien und kürzlich auch in Peru Militärregierungen an die Macht, und die hohen Offiziere gefielen sich in ihrer traditionellen Rolle als Garanten von Sicherheit und Ordnung. Für die betreffenden Staaten mag sich eine solche straffe Ordnung unter Umständen als vorteilhaft erweisen. Washington hingegen reagierte jedesmal nervös, wenn der Eindruck entstand, es billige «militärische» Lösungen in Ländern, in denen es einen gewissen Einfluss ausübt. Dies war der Fall, als in den beiden massgebenden südamerikanischen Riesenstaaten Argentinien und Brasilien Militärregierungen die Macht ergriffen. Seit nun auch in Peru ein Militärregime am Ruder ist, könnte sich nach Ansicht Washingtons eine gefährliche Situation ergeben.

Immerhin besteht in Südamerika eine Art von politischem Gleichgewichtssystem, das sich bisher stets als funktionsfähig erwiesen hat. Wenn immer in den «Riesenstaaten» entlang der Atlantikküste Regierungen von ähnlichem Zuschnitt die Macht ausüben, reagieren die Länder an der Pazifikküste mit einem entsprechend anders gearteten politischen System. So regierten vor rund zwei Jahrzehnten Perón in Argentinien und Getulio Vargas in Brasilien; heute stehen beide Länder unter Militärregierungen, wobei sich die Generäle jeweils auch der Mitarbeit einiger ziviler Fachspezialisten versichert haben, die keiner politischen Ideologie verpflichtet und daher den Militärs als Ministerkollegen genehm sind. Dies heisst also, dass Chile, Ecuador, Kolumbien und Venezuela (obgleich nicht notwendigerweise auch Peru) Regierungen vorziehen, die dank vergleichbarer ideologischer Voraussetzungen gute Beziehungen zueinander pflegen und eine ähnliche Politik gegenüber Drittstaaten befolgen. Heute vertreten die Regierungsparteien Chiles und Venezuelas sozusagen das gleiche Programm. In Kolumbien dürfte freilich der Gang der Entwicklung kaum in ähnlichen Bahnen verlaufen.

Die Christlichsozialen am Scheideweg

Schliesslich ist noch auf die Tatsache hinzuweisen, dass ein Erfolg der Regierung Calderas die Richtigkeit der amerikanischen Politik gegenüber Chile in den frühen sechziger Jahren bestätigen wird, zu einer Zeit also, da Washington Eduardo Frei grosszügige Hilfe versprach und auch leistete. Damals glaubte man in Washington, dass sich die anhaltenden Konflikte in den südamerikanischen Staaten mit den Methoden des «christlichen Sozialismus» beilegen liessen; denn die christlichsozialen Parteien appellieren an die breiten Massen der fast durchwegs katholischen Bevölkerung, versprechen einen gemässigten Sozialismus und stehen für demokratische Regierungsmethoden ein. Mittlerweile sind nun freilich Geistliche aus «progressiven» katholischen Kreisen Frankreichs, Belgiens und Kanadas in Südamerika eingewandert. Diese «Frankophonen» gewinnen in der Regel leichteren Zugang zur südamerikanischen Mentalität; es ist ihnen denn auch gelungen, von Washington unbemerkt, ihre Gedanken unter den südamerikanischen Amtskollegen zu verbreiten und in weiten Kreisen des dortigen Klerus eine revolutionäre Stimmung zu schaffen, deren Grad und Ausmass zu Beunruhigung Anlass gibt. Diese Geistlichen bilden mit den katholischen intellektuellen Laien zusammen eine geistige Macht von beträchtlicher Sprengkraft, welche die Wirkungsmöglichkeit führender katholischer Politiker von der Art Rafael Calderas oder Eduardo Frei spürbar zu untergraben vermöchte. Sehr viel hängt heute von der Persönlichkeit Calderas ab, denn es könnte der Fall eintreten, dass er nach 1970 der einzige katholische Führer von Format sein wird. (Ich verwende hier das Wort «katholisch» nur im Sinn der Parteibezeichnung, da ja alle führenden Politiker Südamerikas der katholischen Kirche angehören.) Nach 1970 wird Frei, ob als Sieger oder Besiegter, sein Amt einem anderen Mann übergeben.

Thomas Molnar

VOR ZWANZIG JAHREN: DER RAJK-PROZESS

Als vor zwanzig Jahren in Osteuropa sich die Kommunisten etablierten, beruhte ihre Herrschaft nicht nur auf Moskaus Bajonetten, sondern sie war auch vom Kreml bestimmt. Nur ein einziges Land wagte Stalin den Gehorsam zu verweigern: Marschall Josip Broz-Titos Jugoslawien. Stalin schäumte vor Wut und verdamnte Tito und seine Partei als «Ketzer» und «trotzkistischen Agenten des US-Imperialismus». Und den gleichen Bann sollte auch alle treffen, die mit ihm gehalten hatten oder morgen mit ihm halten könnten.

Das war das Motiv für die titoistischen Ketzerprozesse in Osteuropa zwischen 1949 und 1952, als deren *erster* im September 1949 in Budapest der Rajk-Prozess über die Bühne ging.

Rajks Aufstieg

László Rajk, der Hauptangeklagte in diesem Schauprozess, war 40 Jahre alt, als er sein Todesurteil «im Namen der ungarischen Volksrepublik» entgegennehmen musste. Sein Leben lang diente er der Sache des internationalen Kommunismus. Als Sohn einfacher Leute aus dem Széklerland (Siebenbürgen), studierte er zwischen den beiden Weltkriegen an der Universität Budapest Sprachen. Er wollte Lehrer werden. Im Jahre 1931 schloss er sich der sehr unbedeutenden kommunistischen Bewegung in Ungarn an und wurde von der Polizei mehrmals verhaftet. 1937 ging er nach Spanien und nahm am Bürgerkrieg als politischer Kommissar des ungarischen «Rákosi-Bataillons» teil. Zwischen 1939 und 1941 wurde er in Frankreich interniert, von wo er, auf Moskaus Befehl, nach Budapest zurückkehrte. Er sollte die ungarische Kommunistische Partei – damals eine Partei mit kaum 400 bis 450 Mitgliedern – neu organisieren. Im Sommer 1944 wurde er verhaftet, jedoch wieder freigelassen, als Admiral *Horthy* mit den Russen einen Separatfrieden schliessen wollte. Kaum aus dem Gefängnis entlassen, ging Rajk als

Sekretär der Kommunistischen Partei ans Werk, den Widerstand gegen die Deutschen und ihre Helfershelfer zu organisieren. Aber als Hitler den alten Reichsverweser durch den Führer der stärksten rechtsradikalen Partei im Lande, den Pfeilkreuzler *Ferenc Szálasi*, ersetzte, wurde Rajk verhaftet und nach Deutschland deportiert. Nach dem Krieg erhielt er sofort hohe Parteifunktionen. Er wurde Sekretär des Budapester Parteikomitees, Mitglied des Politbüros und ab 1946 Innenminister. Er genoss die Sympathie der Massen, die den jungen, tatkräftigen Parteifunktionär als einen der ihren betrachteten. Die Führer der kommunistischen Partei Ungarns – *Rákosi*, *Révai*, *Gerö* und *Farkas* – galten als «Moskowiter», das heisst sie hatten die Zeit zwischen den beiden Kriegen fern von Ungarn, in der Sowjetunion, verbracht und vertraten stets nur die Interessen Moskaus; einzig *Rákosi* bildete hier eine gewisse Ausnahme.

Aber alle behandelten Rajk, der nie in Moskau gewesen war, abschätzig und sahen nur ungern die Popularität dieses Mannes, der auch als Innenminister seine Aufgaben ernst nahm. Es steht eben fest, dass Rajk stets gläubiger Kommunist blieb und dass er die führende Rolle Moskaus in der kommunistischen Weltbewegung nie bezweifelte. Aber dennoch empfand er grosse Sympathien für Tito und dessen Land, da der Marschall es verstand, die nationalen Eigenschaften des Volkes mit dem kommunistischen Dogma zu verschmelzen. Aber bis 1948 wurde dieses Problem in Ungarn nicht akut: Das Land wurde ja von einer Koalition der bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokraten und der Kommunisten regiert.

Die Wende von 1948

Im Sommer 1948 erfolgte dann der offene Bruch der Sowjets mit Tito. Von nun an begann man mit den Vorbereitungen für die grossen Schauprozesse in Osteuropa.

General *I. F. Bjelikin*, der Sonderbeauftragte des NKWD für Südosteuropa, konferierte mit den kommunistischen Führern in Sofia, Tirana, Bukarest und Budapest. Heute weiss man, dass Rákosi, als ihm die Aufgabe gestellt wurde, einen führenden Parteifunktionär als «titoistischen Agenten» zu bestimmen, zwischen zwei Personen zögerte. Vorerst wollte er *Imre Nagy* für diese Rolle bestimmen, denn mit Nagy hatte Rákosi Schwierigkeiten, und es wäre ihm gar nicht unangenehm gewesen, sich dieses «Theoretikers <narodnik> Landwirtschaftspolitik» zu entledigen. Da Imre Nagy aber seine Emigrationszeit in der sowjetischen Hauptstadt verbracht hatte und also auch ein «Moskowiter» war, durfte man ihn für diese Rolle nicht verwenden. So fiel die Wahl auf László Rajk und drei seiner Genossen (General *Pálffy*, *Szönyi* und *Szalai*), die den Krieg entweder in Ungarn oder im westlichen Ausland verbracht hatten.

Die Verschwörung gegen Rajk wurde gut vorbereitet. Im Frühjahr 1949 wurde er als Innenminister abberufen und zum Aussenminister ernannt. Hier hatte er kein Machtinstrument mehr in den Händen. Seine Verhaftung erfolgte im Mai 1949. Schwere Monate standen nun László Rajk bevor, den man mit allen Mitteln – physischen wie psychologischen – auf seine Rolle als Hauptakteur im kommenden Schauprozess vorbereitete. Nach späteren Zeugenaussagen waren weder Folterungen noch Entbehnungen ausreichend genug, diesen Mann zu beugen.

Rákosi musste zu anderen Methoden greifen. Er schickte nun *János Kádár*, Rajks besten Freund und «Pate» seines Sohnes, in die Kerkerzelle, und Kádár erklärte hier Rajk: «Lieber Laci, ich komme im Auftrag des Genossen Rákosi zu Dir. Er bat mich, Dir die Lage zu erklären. Natürlich wissen wir alle, dass Du unschuldig bist... Rákosi meint jedoch, dass Du für unsere Lage Verständnis haben wirst. Nur wirklich grosse Genossen kommen für eine solche Rolle in Frage, wie wir sie Dir übertragen wollen. Genosse Rákosi bat mich, Dir zu erklären, dass Du der kommunistischen

Bewegung einen historischen Dienst erweist, wenn Du unseren Anweisungen folgst...» Straffreiheit und Auszeichnungen wurden Rajk angeboten, wenn er das Schauspiel vor dem Volksgericht mitmachen würde, um Titos «Machenschaften» vor der ganzen Welt zu entlarven. «Deine Verurteilung würde nur zum Schein ausgesprochen. Man würde Dich und Deine Familie nach der Sowjetunion bringen, in der Krim wäre ein Erholungsurlaub vorgesehen, und später erhältst Du irgendwo im Fernen Osten einen Parteauftrag.» Rajk blieb nichts anderes übrig, als einzuwilligen. Er und seine Mitangeklagten mussten wochenlang wie Schauspieler ihre Rollen einstudieren.

Die Farce

Der Prozess lief dann mit vollkommener Präzision über die Bühne. Nur ein einziges Missgeschick passierte, was jedoch keiner der hohen Regisseure bemerkte: László Rajk, der am 8. März 1909 geboren war, antwortete auf die Frage des Vorsitzenden im Verhör, er sei am 8. Mai 1909 geboren. So wurde diese Angabe auch in allen Publikationen, auch im offiziellen «Blau-Buch», verewigt. Konnte es wahr sein, dass ein Mensch sein Geburtsdatum vergisst, dass er die Monate März und Mai verwechselt, gleichzeitig aber alle seine anderen Aussagen reibungslos, ohne Zögern und ohne jeden Widerspruch erteilt? László Rajk – so verriet später, im Sommer 1956, seine Frau – wollte mit diesem Trick zeigen, dass der Prozess vom Anfang bis zum Ende nichts anders als eine grosse Lüge und Verleumdung sei!

Die Urteilsverkündung erfolgte am 24. September. Am 15. Oktober, frühmorgens, wurden Rajk und seine Mitangeklagten zu den Galgen geführt. Seine Frau wurde zu fünf Jahren Kerker verurteilt und sein Kind unter geändertem Namen in ein staatliches Kinderheim gesteckt.

Rajk starb nicht allein. Hunderte seiner Genossen wurden in den nächsten drei Jahren gefangengenommen, heimlich ab-

geurteilt und Dutzende von ihnen hingerichtet – als «Spione der amerikanischen Imperialisten», als «Tito-Faschisten» oder als «ehemalige Polizeispitzel Horthys». Niemand kennt heute die Zahl der Opfer dieses stalinistisch-rakosistischen Terrors in Ungarn von 1949 bis 1952.

Der Weg zur Rehabilitierung

Nach Stalins Tod im März 1953 ging eine Welle der Erleichterung durch Osteuropa. In Ungarn wurde *Imre Nagy* zum Ministerpräsidenten ernannt. Seine erste Amtshandlung war die Auflösung der Konzentrationslager – und er setzte auch ein Rehabilitationskomitee ein. Aber sehr bald griff Rákosi ein, denn es ging hier ja um seinen Kragen, da das ganze Land wusste, dass *er* es war, der «in schlaflosen Nächten» (wie er im Jahr 1949 prahlte) das «Rajk-Komplott» entdeckt hatte. Imre Nagy musste gehen, und die Rehabilitierungen wurden eingestellt.

Erst im Jahre 1956, nachdem Chruschtschew am XX. Parteikongress Stalins Verbrechen angeprangert hatte, konnte in Ungarn in der Sache der «titoistischen Verschwörer» etwas geschehen. Man begann, sie in aller Heimlichkeit aus dem Gefängnis zu entlassen; von einer öffentlichen Rehabilitierung war aber auch jetzt nicht die Rede. Sie mussten dem Staatssicherheitsdienst sogar schriftlich versichern, über ihre Jahre im Gefängnis niemandem etwas zu sagen. Rajk und seine Mitangeklagten (Pálffy, Szalai und Szönyi) blieben nach wie vor in Acht und Bann. Die Wende kam im April 1956, wo Rákosi nach Moskau zitiert wurde und dann im Mai in aller Öffentlichkeit zur Affäre Rajk Stellung nehmen musste. Die bisher heimlich Freigelassenen lüfteten ihre Geheimnisse: Ganz Budapest erfuhr nun von ihrem Schicksal. Dr. *Peter Jankó*, der Vorsitzende des Gerichtshofes im Rajk-Prozess, beging Selbstmord.

Dann folgte die Vorrevolutionszeit mit dem Petöfi-Kreis. Frau Julia Rajk nahm an diesem lebhaften Anteil und wurde von

den Anwesenden mit tosendem Jubel empfangen. Am 18. Juni 1956 sagte sie im grossen Saal des Hauses der Ungarischen Volksarmee: «Genossen, nach fünf Jahren Haft und Erniedrigung stehe ich tiefbewegt vor Euch. Eines will ich Euch schon jetzt sagen: was die Gefängnisse betrifft, waren die Verhältnisse unter Horthy selbst für Kommunisten sehr viel besser als unter Rákosi. Nicht nur mein Mann wurde getötet, man nahm mir auch mein Kind. Jahrelang erhielt ich weder Briefe noch sonstige Nachrichten von meinem Sohn. Diese Verbrecher haben nicht nur László Rajk ermordet, sondern auch alle Rechtsschaffenheit und jedes Gefühl mit Füßen getreten.»

Rákosi musste gehen. Rajks volle Rehabilitierung, die öffentliche Bestrafung der Schuldigen – dies wurde nun die erste Forderung der Studenten und der kommunistischen Intellektuellen in der Zeit unmittelbar vor der Revolution. Zähneknirschend mussten die Stalinisten nachgeben: Für Rajk wurde am 6. Oktober ein Staatsbegräbnis verordnet, das zu einer imposanten Demonstration gegen das Regime wurde. Hunderttausende und Hunderttausende – Kommunisten und Nicht-Kommunisten – gaben den unschuldig Hingerichteten die letzte Ehre, indem sie stundenlang schweigend vor den aufgebahrten Särgen vorbei zogen. Die Trauerreden der stalinistischen Regierungsfunktionäre triefen von Sühne und Reue. Dr. *Ferenc Münnich*, der spätere Ministerpräsident, sagte unter anderem: «Partei und Regierung verurteilen diese Geschehnisse. Am Grab unserer Genossen geloben wir im Namen aller ungarischen Kommunisten, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und unser Äusserstes tun werden, um solche Terrorakte wie jene, die den Tod unserer teuren Genossen verursacht haben, für alle Zeiten zu verhindern.»

Als aber am 23. Oktober die Revolution ausbrach, waren Ferenc Münnich und eine Handvoll Stalinisten die ersten, die Moskau bei der Niederschlagung des Aufstandes und der Etablierung des Kádár-Regimes an die Hand gingen. Über Rajk

und seinen Prozess wurde in Ungarn nach 1957 lange nicht mehr gesprochen. Erst im Sommer 1962 bequeme sich die KP, eine Resolution zu verabschieden, die auf einer knappen Zeitungsseite eine «öffentliche» und «summarische» Rehabilitierung László Rajks und aller seiner Mitangeklagten aussprach. Damit sollte, so meinten die heutigen Führer der Partei, dieser «bedauerliche Fall» aus der Welt geschaffen werden. Es wurde weder ein «Weiss-Buch» herausgegeben, das in dieser dunklen Angelegenheit endlich Klarheit hätte schaffen können, noch erfolgte eine öffentliche Ehrung des Ermordeten. Während man in den letzten Jahren Dutzende von Biographien führender und weniger führender Parteifunktionäre in Budapest verlegte, wird über Rajks Leben und Wirken Stillschweigen gewahrt.

Und wenn dennoch jemand den Mut hat, in irgendwelchem Zusammenhang den

Rajk-Prozess in der Presse zu erwähnen, wird er sanft, aber energisch zurechtgewiesen, so im Zusammenhang mit einer öffentlichen Diskussion über *Tibor Dérys* Vergangenheit, wo die offiziöse Budapester Zeitung «*Magyar Nemzet*» im November 1968 folgendes schrieb: «Die Probleme des politischen und öffentlichen Lebens – es geht jetzt um die politischen Prozesse von 1949/52 – hat die Geschichte, die sozialistische Entwicklung unserer Heimat, abgeschlossen. Die Partei hat diese Angelegenheit vor aller Öffentlichkeit in ihrer Resolution vom 19. August 1962 behandelt und sie im Bewusstsein ihrer historischen Pflicht endgültig klargestellt.» Das bedeutet, dass Rajk zwar widerwillig «rehabilitiert» ist – aber über ihn und seinen Fall zu sprechen, zu schreiben oder gar eine Diskussion zu führen, darf sich im heutigen Ungarn niemand erlauben.

Peter Gosztony

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE CHRONIK

Der Eurogeldmarkt hat in den vergangenen Jahren eine ausserordentlich rasche Entwicklung durchgemacht. Im neuesten Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel wird darauf hingewiesen, dass das gesamte Marktvolumen der ausstehenden Kredite allein im vergangenen Jahr von 21 Mia Dollar auf 30 Mia Dollar zunahm, wobei sich, so wird geschätzt, die Dollarkomponente von 17,5 Mia Dollar auf 25 Mia Dollar vergrösserte. Der Eurodollarmarkt nimmt also innerhalb des Eurogeldmarktes eine dominierende Stellung ein; seine Entwicklungselemente bestimmen in einem entscheidenden Ausmasse auch die Geschehnisse des Eurogeldmarktes insgesamt.

Der Charakter des Eurodollarmarktes, der sich der Kontrolle durch monetäre Behörden weitgehend entzieht, hat durch seine gewaltige Entfaltung einige neue Elemente in die internationale Währungspolitik und Kreditpolitik hineingetragen. In

diesem Zusammenhange wäre einmal darauf hinzuweisen, dass er einen «Mechanismus» zur Verfügung stellt, der auf einen Ausgleich der internationalen Zinssätze tendiert. Die nationalen Zinsebenen haben die Tendenz, sich dank der Wirksamkeit des Eurodollarmarktes einander anzunähern. Damit wird gleichzeitig für jene Länder, die am Eurodollarmarkt engagiert sind, die Durchführung einer autonomen Kreditpolitik erschwert.

Die steigenden Zinssätze in Europa sind in diesem Sinne ein Reflex der restriktiven amerikanischen Kreditpolitik, darauf angelegt, den von starken inflationären Fieberstößen begleiteten boomartigen Aufschwung in den Vereinigten Staaten unter Kontrolle zu bringen. Die Regierung Nixon folgt in dieser Beziehung der Politik, die bereits von der Regierung Johnson eingeleitet wurde. Diese Situation in den Vereinigten Staaten hat dazu geführt, dass sich die amerikanischen Handelsbanken auf

dem Eurogeldmarkt refinanzierten, dass sie ihre durch die Kreditpolitik des Federal Reserve Board gedrosselte Liquidität über ein steigendes Engagement auf dem Eurogeldmarkt aufpolierten. Der dadurch auf dem Eurogeldmarkt entstandene Nachfragegedruck trieb die Zinssätze auf diesem Markte und damit auch auf den nationalen Geldmärkten auf neue Rekordhöhen.

Die Anstrengungen der amerikanischen Regierung, die Wirtschaft des Landes wieder in ein Gleichgewicht bei stabilem Geldwert oder doch stark reduzierter Inflationsrate zurückzuführen, hat natürlich auch einen eminent zahlungsbilanzpolitischen Hintergrund. Es geht letztlich um eine Konsolidierung und weitere Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz, die nach einem Rekorddefizit von 3,7 Mia. Dollar im Jahre 1967 im vergangenen Jahr wieder einen, wenn auch noch relativ kleinen Überschuss von 158 Mio. Dollar auswies. Die amerikanische Zahlungsbilanz ist aber, wie eine in der *Weltwirtschaft* (Heft 1, 1969, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel) abgedruckte Analyse nachweist, noch keineswegs stabilisiert, sondern im Gegenteil mit mannigfachen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Und die Entwicklung in den vergangenen Monaten lehrt, dass diese Unsicherheiten nicht nur in der Kapitalverkehrsbilanz lokalisiert sind, sondern insbesondere auch die Handelsbilanz betreffen. Die Regierung Nixon ist offensichtlich noch weit von ihrem Ziel entfernt, wieder zum Zustand der «alten» Handelsbilanzüberschüsse von 5 bis 6 Mia. Dollar pro Jahr zurückzukehren. Der Zustand der amerikanischen Zahlungsbilanz, damit auch der Handelsbilanz, ist aber wichtig für den Umfang des internationalen Vertrauenskapitals, das dem Dollar entgegengebracht wird. Die starke Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz im vergangenen Jahr ist denn auch ganz entscheidend dafür verantwortlich zu machen, dass der Dollar von den letzten Währungskrisen, in deren Mittelpunkt die D-Mark und der französische Franc standen, nicht berührt wurde. Und es ist im Blick auf diese Konstellation

denn auch nur verständlich, dass die amerikanische Regierung energisch versucht, diese Situation nicht durch einen neuen Boom zu gefährden. Die über die Euromärkte nach Europa transponierten hohen Zinssätze sind also sozusagen der Preis, den Europa für die Stabilitätspolitik der USA zu zahlen hat, nachdem das gleiche Europa jahrelang vom Liquiditätsnachschub, der aus dem amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit floss, profitierte. Europa hat den Vereinigten Staaten lange Zeit erhöhte monetäre Disziplin gepredigt. Es kann sich heute, da die USA diese «Empfehlungen» befolgen, kaum beklagen.

Amerikanische Pflichtreserven für Eurodollars

Die Eurodollars haben, wie erwähnt, die unangenehme Eigenschaft, dass sie sich der nationalen Kreditpolitik entziehen, dass, mit anderen Worten, national verfügte Kreditrestriktionen mit Hilfe des Eurodollarmarktes sozusagen überspielt werden können. Der Eurodollarmarkt kann also mit den Interessen der nationalen Kreditpolitik in Konflikt geraten. Dies war nun in den Vereinigten Staaten in ausgesprochenem Masse der Fall. Deshalb verfügte das Federal Reserve Board Ende des Monats Juni eine Reihe von Massnahmen, die den Zweck verfolgen, die Nachfrage nach Eurodollars in den Vereinigten Staaten zu bremsen. Die Anziehungskraft des Eurodollars als Quelle für die Mittelbeschaffung der amerikanischen Banken soll reduziert werden. Und dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, dass die Eurodollars, die sich die amerikanischen Handelsbanken über ihre ausländischen Filialbanken beschafft haben, der Mindestreservepflicht unterstellt werden.

Eine wichtige neue Vorschrift des Federal Reserve Board bestimmt, dass die amerikanischen Handelsbanken 10 Prozent ihrer Kreditaufnahme bei ihren ausländischen Filialbanken, die im Tagesdurchschnitt jene Beträge übertreffen, welche während der am 28. Mai abgelaufenen vier-

wöchigen Basisperiode ausstehend waren, in Reserve gehalten werden müssen. Sodann hat das Federal Reserve Board eine Pflichtreserve von 10 Prozent für Kredite ausländischer Filialbanken an Bewohner der USA eingeführt, wenn die Kredite entweder den Betrag übertreffen, der am 25. Juni ausstehend war, oder wenn sie die Durchschnittsbeträge übersteigen, die während der am 28. Juni abgelaufenen vierwöchigen Basisperiode ausstehend waren. Das Federal Reserve Board unterwirft sodann jede Kreditaufnahme einer Mitgliedbank des Federal Reserve System bei einer ausländischen Bank der «Regulation D», welche die Reserven der Mitgliedbanken festlegt. Für Depositen dieser Art wird eine zehnpromzentige Pflichtreserve eingeführt. Andere, ergänzende Massnahmen bezwecken, dieses System abzudichten und Umgehungen zu verhindern.

Dass sich ein solches Vorgehen im Interesse der amerikanischen Konjunkturdämpfungspolitik rechtfertigt, geht daraus hervor, dass die amerikanischen Handelsbanken gegenüber ihren ausländischen Tochtergesellschaften seit Beginn des Jahres 1969 bis zur Verfügung der neuen Massnahmen ihre reservefreien Verpflichtungen im Umfange von mehr als 7 Mia. Dollar erhöhten; allein in den ersten drei Wochen des Monats Juni sollen sie um 3 Mia. Dollar gestiegen sein. Es wird geschätzt, dass aufgrund der neuen Massnahmen das amerikanische Bankensystem rund 400 Mio. Dollar zinslos beim Federal Reserve Board hinterlegen müssen, wodurch natürlich die Kosten für die Wiederausleihe von Eurodollars in den USA selbst steigen. Darin liegt der eigentliche restriktive Effekt dieser Massnahme; sie begründet die Hoffnung, dass mit den gestiegenen Kosten – und dem dadurch erhöhten Preis für Kredite in den USA – die Nachfrage nach Eurodollars, die bisher in so starkem Masse von den Vereinigten Staaten ausging, zurückgedrängt wird.

Die ersten Reaktionen waren denn auch sehr prompt, nämlich eine rückläufige Entwicklung der Zinsen am Eurodollarmarkt; allerdings war diese Reaktion von nur kur-

zer Dauer, so dass es sich erst noch wird weisen müssen, inwieweit die neue Politik des Federal Reserve Board einen dauerhaften Einfluss auf die internationale Zinsentwicklung wird ausüben können. Entscheidend wird in jedem Falle sein, ob es den USA gelingt, die wirtschaftlichen Auftriebskräfte so zu bändigen, dass die inflationären Impulse ohne Rückfall in eine eigentliche Rezession überwunden werden können.

Das Seilziehen um die Neuordnung der Bundesfinanzen

In der letzten Session des Nationalrates wurden die ersten Vorgeplänkel um die Neuordnung der Bundesfinanzen ausgetragen. Die Vorbereitungen dieses wichtigen Geschäftes sind nun so weit gediehen, dass sie die Wirtschaftspolitik unseres Landes künftig immer mehr beschäftigen wird. Worum geht es? In erster Linie um eine Anpassung der heute gültigen Finanzordnung, die 1974 auslaufen wird, an den steigenden Finanzbedarf des Bundes; die Anpassung soll bereits auf den 1. Januar 1971 in Kraft treten.

Finanzpolitisches Kopfzerbrechen hat die Tatsache verursacht, dass die Staatsrechnung 1968 besser abgeschlossen hat als das Budget; die Gesamtrechnung schloss mit einem höheren Überschuss ab als prognostiziert war, und in der Finanzrechnung des Bundes trat anstelle eines Defizites ein Überschuss. Diese Situation hat von neuem die Frage aufleben lassen, ob der vom Bund geforderte zusätzliche Finanzbedarf überhaupt gerechtfertigt sei. Es ist indessen offensichtlich, dass aufgrund des Rechnungsabschlusses eines Jahres nicht auf einen generellen Tendenzumschwung geschlossen werden kann. Bundesrat Celio konnte deshalb auch verschiedentlich mit guten Gründen auf die gewaltigen Aufgaben hinweisen, die dem Bund künftig zur Bearbeitung überantwortet wurden. Unter dem Einfluss des integrationsbedingten und durch die Kennedy-Runde ausgelösten Zollaussfalles ist der Bund in

einer Zeit des raschen wirtschaftlichen Aufschwunges der Gefahr ausgesetzt, in seiner Rechnung in die roten Zahlen abzurutschen. Die Bedürfnisfrage muss auch nach dem Rechnungsabschluss 1968 in positivem Sinne beantwortet werden.

Nach dem heutigen Stand der Dinge (anfangs Juni) werden die Vorschläge des Eidgenössischen Finanzdepartements folgendes Aussehen haben:

Warenumsatzsteuer:

- Aufhebung des seit 1956 bestehenden Rabattes von 10 Prozent;
- Erhöhung der Sätze von 3,6 Prozent bzw. 5,4 Prozent auf 4,2 Prozent bzw. 6,3 Prozent;
- Erhöhung und Vereinheitlichung der steuerbaren Entgeltanteile im Baugewerbe.

Wehrsteuer:

- Aufhebung des seit 1963 natürlichen und juristischen Personen gewährten Rabattes von 10 Prozent;
- Ausmerzung der kalten Progression durch eine Streckung der Tarifstufen von 30 Prozent gegenüber 1959;
- Weiterführung der Progression bis zu einem Maximalsatz von 10 Prozent für natürliche Personen; bei juristischen Personen wird der Maximalsatz bei 8 Prozent belassen.

Mittelfristige Ziele:

- Aufhebung der zeitlichen und sachlichen Beschränkung in der Verfassung in bezug auf die Warenumsatzsteuer und die Wehrsteuer;
- Schaffung eines Kompetenzartikels für die Einführung besonderer Verbrauchsabgaben.

Das politische Seilziehen hat sich vor allem an der Frage entzündet, wie der zusätzliche Finanzbedarf auf Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer zu verteilen ist. Es spielt dabei die Tatsache eine entscheidende Rolle, dass die Wehrsteuer, der im Bundeshaushalt nach wie vor eine subsidiäre Stel-

lung zugesprochen wird – die direkten Steuern gehören grundsätzlich in die Domäne der Kantone und der Gemeinden –, zufolge ihrer Progression, der Geldentwertung, aber auch der steigenden Realeinkommen stärker zunimmt als die Warenumsatzsteuer. Dies ist im internationalen Vergleich ein atypischer Verlauf. Weil aber andererseits im Aussenhandel nach den international gültigen Regeln bei der Behandlung der Warenumsatzsteuer das Bestimmungslandprinzip gilt, nach dem die importierte Ware im Importland der gleichen Umsatzsteuerbelastung unterliegt wie die in diesem Lande hergestellten Waren, erhalten die internationalen Niveauunterschiede bei den Umsatzsteuern im Zeitalter der zunehmenden Beseitigung der Zölle eine zollähnliche Wirkung; sie wirken wettbewerbsverzerrend und begünstigen die Länder mit hohen Umsatzsteuern.

Die Schweiz schneidet in dieser Beziehung im internationalen Vergleich insofern schlecht ab, als die Umsatzsteuern zum Teil erheblich unter dem Niveau unserer wichtigsten Handelspartner liegen und der «natürliche» Trend bei der Ergiebigkeit der Steuerquellen mehr auf den direkten Steuern liegt, also zum internationalen Trend eine gegenläufige Richtung eingeschlagen hat. Deshalb befürworten jene Kreise, die eine zunehmende Beeinträchtigung unserer Exportwirtschaft vermeiden möchten, eine sogenannte «Zollersatzlösung», die die integrationsbedingten Zollauffälle über eine entsprechende Erhöhung der Warenumsatzsteuer hereinbringen möchten. Die Steuerstrategie hat auch deshalb die Logik für sich, weil damit verhindert wird, dass der Bund nicht noch mehr in die Steuerhege der Kantone und Gemeinden einbricht und damit die Steuerkonkurrenz zwischen dem Bund auf der einen Seite und den Kantonen sowie den Gemeinden auf der anderen Seite noch weiter akzentuiert wird. Die Kompensation der Zollauffälle über die Warenumsatzsteuer liegt weiter deshalb nahe, weil die Warenumsatzsteuer in ihrer rein wirtschaftlichen Ausgestaltung zollähnlichen Charakter hat.

Im Blick auf diese Konstellation hat das Finanzdepartement in einem neuen Vorschlag, der am 30. Mai der Finanzdirektorenkonferenz unterbreitet wurde, die Gewichte noch etwas mehr auf die Warenumsatzsteuer verschoben. Es soll nur noch die Hälfte des Rabattes bei der Wehrsteuer aufgehoben und die Erweiterung des Tarifs bei der Wehrsteuer auf noch 9 Prozent vorangetrieben werden. Die politisch linksgerichteten Gruppen sehen natürlich dieser

Entwicklung mit Skepsis entgegen, weil sie in ihrer Mehrheit aus Gründen der rotgefärbten Steuergerechtigkeit die indirekten Steuern als «böse», die direkten Steuern aber als «gut» bezeichnen. Die Erhöhung der Progression bei der Wehrsteuer ist denn auch in erster Linie als eine Verbeugung nach links zu betrachten.

Oeconomicus

DAS ZITAT

Der Grund, warum das Gefühl der gesellschaftlichen Rechtlichkeit in den Individuen der Masse verschwindet, liegt höchst selten in Umständen und Lagen, an deren Dasein diese Individuen als schuldtragende Ursachen können angesehen werden. Die Herren Knechte, die den Schlüssel, mit dem man das Volk aufzieht und stillestellt, in den Händen haben, diese sind gewöhnlich allein schuld, wenn es falsch schlägt und falsch läutet, und diese sind es, die man nach meiner Meinung vor dem Aufruhr vorzüglich im Zaum halten und nach demselben vorzüglich bestrafen sollte.

Heinrich Pestalozzi